

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198
gegründet 1861

Montag, 28. Juni 1982

Blatt 1841

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Auf den Märkten sind Fleisch und Fleischwaren
billiger

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte

Lokal:
(orange)

Lehrerverhaltenstraining gegen Schulangst

Kultur:
(gelb)

13 Ausstellungen im Türkenjahr

Nur
über FS:

- 25.6. Selbstmordversuch mit Salzsäure
Schienenersatzverkehr in Erzherzog-Karl-Straße
Preise der Stadt Wien für bildende Kunst
Bürgermeister Gratz zum Bombenanschlag
- 27.6. Gratz nicht zu Gänsehäufel-Fest
Verregnete Geburtstagsfeier für Gänsehäufel
Badebesuch "fiel ins Wasser"
U-Bahn: Alkoholisierter wollte Gleise überqueren
- 28.6. Goldene Rose für das Rosental
Aus dem Fenster gestürzt - Selbstmord
Oberleitungsriß durch Kranwagen

.....
Bereits am 27. Juni 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Auf den Märkten sind Fleisch- und Fleischwaren billiger

=++++

1 #Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Erstellung des "Marktausweises" werden vom Marktamt (MA 59) jede Woche in rund 130, der in allen Bezirken Wiens etablierten Fleischerbetriebe die Verbraucherpreise der wichtigsten Fleisch- und Wurstsorten erhoben. Eine zusätzliche Preiskontrolle der 137 auf Wiener Märkten vorhandenen Fleischerbetriebe ergab, daß die auf den Märkten verlangten Fleisch- und Wurstprieße eindeutig niedriger sind.#

Im Zuge dieses Vergleichs wurden, wie Konsumentenstadtrat Josef VELETA der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, die Preise für 31 Fleisch- und Fleischwarensorten ermittelt. Es zeigte sich, daß vor allem Schweine- und Kalbfleisch, aber auch Rindfleisch sowie Selch- und Wurstwaren auf Märkten wesentlich billiger angeboten werden. Die prozentuellen Preisunterschiede betragen im Schnitt bei Kalb- und Schweinefleisch zwischen 6 und 11 Prozent, bei Selchwaren zwischen 1,5 und 8,5 Prozent und bei Würsten zwischen 1,5 und 3,4 Prozent. Selbst die der amtlichen Preisregelung unterliegenden Fleisch- und Wurstsorten wurden manchmal - fallweise sogar erheblich - unter den jeweils amtlich festgesetzten Höchstpreisen feilgeboten.

Die bekannte preisregulierende Funktion der Märkte kommt also nicht nur bei Obst und Gemüse, sondern auch bei Fleisch- und Wurstwaren zum Tragen. Darüber hinaus konnte festgestellt werden, daß die Preise der in der näheren Umgebung von "billigen" Märkten etablierten Fleischereibetriebe in der Regel niedriger als in den anderen Betrieben des Bezirkes sind. (Schluß) we/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates (Vorsitz GR. MAYRHOFER, SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), ob im Zusammenhang mit dem Geländereinsturz im Wiener Stadion, bei dem es mehrere Verletzte gab, eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet wurde, antwortete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in Vertretung des Bürgermeisters, daß vom Polizeikommissariat Leopoldstadt Erhebungen durchgeführt und die Ergebnisse der Staatsanwaltschaft mitgeteilt wurden. Eine Meldung über die Einleitung eines Strafverfahrens liegt in diesem Zusammenhang nicht vor. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sie wisse, ob ein gerichtliches Verfahren läuft, antwortete Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner, ihr sei davon nichts bekannt.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), durch welche konkreten Maßnahmen dafür Sorge getragen wurde, daß der Neubau des österreichischen Konferenzentrums vor allem Wiener Firmen und der Wiener Wirtschaft zugute kommt, wie Bürgermeister Gratz dies angekündigt hat, antwortete Vizebürgermeister FRÖHLICH-SANDNER in Vertretung des Bürgermeisters, daß die Übertragung der Planung und Errichtung an die IAKW AG nach dem Finanzierungsgesetz an die Voraussetzung geknüpft war, daß sich die AG verpflichtet, bei der Durchführung des Bauvorhabens zu vergebende Lieferungen und Leistungen unter Beachtung der jeweils bestehenden Richtlinien für Bundesbauten auszuschreiben und dem Bund entsprechende Auskünfte zu erteilen. Die IAKW muß daher die ÖNORM A 2050 beachten. Somit ist beim Zuschlag jenes Unternehmen zu wählen, das bei Wertung aller Gesichtspunkte am besten entspricht; der niedrigste Preis allein ist nicht ausschlaggebend. Ortsansässige Bieter sind bei annähernd gleichwertigen Angeboten zu bevorzugen. Es ist gesichert, daß die Einhaltung dieser Bestimmungen kontrollierbar ist. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welches Ergebnis die Gespräche von Bürgermeister GRATZ mit Bundeskanzler KREISKY gebracht haben, nachdem aufgrund einer Intervention des Kärntner Landeshauptmannes der Auftrag nach Kärnten ging, antwortete FRÖHLICH-SANDNER, die Vergabe des Stahlauftrages an die VOEST-WAGNER-BIRO (Wiener Firma) ist das Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung. Ein gleichwertiges Offert einer ausschließlich Wiener Firma lag hier nicht vor. Die Projektskonzeption (Beton-Stahl) entspricht der beim Bau des internationalen Teiles gewählten Konzeption. Ein Alternativangebot einer Firmengruppe (Ersatz der Stahldecken durch Beton) hätte eine aufwendige Umplanung erfordert. Die Ausscheidung dieses Anbots war von technischen Überlegungen bestimmt. Die Vergabe der Baumeisterarbeiten an die ARGE EBERHARD - ILLBAU wurde vom Aufsichtsrat der Gesellschaft genehmigt, nachdem mehrere Rechtsgutachten eingeholt worden waren. Die Wiener Firmengruppe kam nicht zum Zug, weil sie gegen die Ausschreibungsbedingungen verstieß. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum der Kärntner Landeshauptmann mitspricht, der Wiener Landeshauptmann jedoch nicht, obwohl die Wiener Steuerzahler für gut die Hälfte der Kosten aufkommen, antwortete FRÖHLICH-SANDNER, daß genau nach den gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen wurde und daher dieser Vorgangsweise die Zustimmung zu erteilen ist.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ), welche Maßnahmen getroffen werden, um auszuschließen, daß der Döblinger Bezirksvorsteher amtliches Briefpapier für ÖVP-Aussendungen verwendet, antwortete FRÖHLICH-SANDNER, sie werde ihn auf die unzulässige Vermengung von Amts- und Parteifunktion aufmerksam machen; sollte die Vorgangsweise noch einmal gewählt werden, werde sie vom Weisungsrecht nach der Stadtverfassung Gebrauch machen.
(Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dr. KRASSER (ÖVP), aus welchen Gründen die begleitende Kontrolle beim AKH im Rahmen des AKH-VOEST-Vertrages auf vier Personen beschränkt wurde, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß es grundsätzlich dem Leiter der Kontrolle überlassen bleibt, Mitarbeiter in solchem Ausmaß heranzuziehen, wie er es für notwendig hält. Die Tätigkeiten der Revisionsbeamten wurde überprüft und schien reduzierbar zu sein. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach einer genaueren Aufklärung über den Personenumfang, antwortete Stadtrat Mayr, daß zu den vier Prüfungsbeamten auch der Leiter des Kontrollbüros und sein Stellvertreter für Kontrolltätigkeiten zur Verfügung stehen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob diese Begrenzungsklausel im Vertrag nicht ausgelassen hätte werden sollen, stellte Stadtrat Mayr fest, daß bei Bedarf der Vertrag geändert und weitere Kontrollkräfte zur Verfügung gestellt werden können.

Die FÜNFTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Leopoldine PFAUSER (SPÖ), ob das Wiener Internationale Ballett-Fest "Tanz 82" den Erwartungen entsprochen hat, antwortete Stadtrat Dr. ZILK, daß alle Erwartungen übertroffen wurden. Es gab eine große Zahl von Veranstaltungsstätten, 17 Gruppen waren in Wien zu Gast. Ausländische Zeitungen, wie die "Stuttgarter Zeitung" und die "Süddeutsche Zeitung" enthielten ebenfalls positive Kritiken. Überall dort, wo das Festwochenbüro direkten Einfluß auf die Preisgestaltung hatte, waren die Preise niedrig. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Auswirkungen, sagte Stadtrat Zilk, daß es 1984 eine Fortsetzung des Ballett-Festivals geben wird. Das Kulturamt überlegt derzeit, ein Ballett-Abonnement herauszugeben. Auch die Festwochen 1983 werden stärker als bisher im Zeichen des Tanzes stehen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. ARTHOLD (ÖVP), ob er sich bei den zuständigen Stellen über den baulichen Zustand des Prater-Stadions erkundigt habe, bevor er die Feststellung getroffen habe, daß das Rolling-Stones-Konzert im Stadion stattfinden kann, wies Kulturstadtrat Dr. ZILK darauf hin, daß nicht das Kulturamt, sondern "Stimmen der Welt" dieses Konzert veranstaltet. Nach einem diesbezüglichen Gespräch mit dem Veranstalter habe er sich jedoch selbstverständlich bei den zuständigen Stellen erkundigt, und die Antwort erhalten, daß kein Hindernis für das Konzert besteht. Seit dieser Rückfrage hat im Stadion eine Reihe von Spielen stattgefunden, wobei beim letzten der Unfall durch das Nachgeben des Geländers passierte. Auf Grund der folgenden Überprüfungen sind Sicherungsarbeiten an den Geländern vorgenommen worden. Die Kollaudierung des Stadions für das Rolling-Stones-Konzert durch die MA 35 wird am 30. Juni erfolgen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wo das Konzert stattfinden solle, wenn die Baubehörde das Stadion am 30. Juni als nicht-benützbar erklärt, sagte Zilk, diese Frage sei an den Konzertveranstalter zu richten. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Stadt Wien nicht doch durch die Ausfallhaftung von 2,5 Millionen eine Verantwortung für dieses Konzert trage, sagte Zilk, er habe die Zusage für diese Ausfallhaftung gegeben, um dem Veranstalter das Risiko eines Konzerts für Jugendliche zu vernünftigen Preisen tragen zu helfen. Auf Grund der hervorragenden Vorverkaufsergebnisse dürfte diese Ausfallhaftung jedoch nicht zum Tragen kommen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Friederike SEIDL (SPÖ), welche Erfahrungen mit dem 1978 beschlossenen medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters gemacht wurden, sagte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß der Fonds mit jährlich 10 Millionen S zur Förderung der wissenschaftlichen Tätigkeit der Ärzte dotiert ist. 1978 bis 1981 wurden 114 Projekte gefördert. Die Laufzeit der Projekte beträgt zwei bis drei Jahre, die Ergebnisse werden in Fachzeitschriften publiziert.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. HIRNSCHALL (FPÖ), wie groß die Zahl der Vormerkungen für einen Platz in einem städtischen Pflegeheim ist, sagte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß zur Zeit 1329 Personen vorgemerkt sind, 2340 Personen wurden im ersten Halbjahr aufgenommen. 9213 Personen werden durch die Heimhilfe betreut.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Erweiterung der Kapazität der Pflegebetten sagte STACHER, daß im Herbst im SMZ-Ost 404 Personen aufgenommen werden können. Auch die Erweiterung von privaten Heimen wird durch die Stadt Wien ermöglicht.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach der späteren Nutzung der AKH-Gebäude für Pflegeheime, sagte STACHER, daß man diese Frage überprüfen werde, sich aber jetzt noch nicht festlegen könne.
(Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), unter welchen Voraussetzungen schulfremden Gruppen die Benützung von Klassenräumen zur Durchführung von Diskussionsveranstaltungen gestattet wird, antwortete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, daß bei Veranstaltungen während der Unterrichtszeit die Entscheidung des Stadtschulrates erforderlich ist. Außerhalb der Unterrichtszeit können verschiedene Veranstaltungen stattfinden, sofern dadurch keine Beeinträchtigung schulischer Interessen erfolgt. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was sie zu einer Diskussionsveranstaltung der Aktion "Mein Wien" über die Wohnstraße Kleistgasse in einer Schule im 3. Bezirk sage, antwortete Fröhlich-Sandner, sie werde sich darüber genau informieren und dann darüber berichten. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Diskussionen in Schulen auch für andere Aktionen, etwa für "Pro Wien", möglich seien, antwortete Fröhlich-Sandner, daß sie über die Veranstaltung im 3. Bezirk nicht informiert gewesen sei und deshalb diese Angelegenheit prüfen werden.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. LUDWIG (SPÖ), welche generellen Verkehrsplanungen für den Südraum Wiens derzeit in Bearbeitung sind, nannte StR. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. WURZER (SPÖ) unter anderen die Fertigstellung eines Bezirksverkehrskonzepts und eines Radwegekonzepts für den 10. Bezirk, die Ausarbeitung eines Bezirksverkehrskonzepts für den 23. Bezirk, Entwürfe für Bezirksverkehrskonzepte für den 5. und 12. Bezirk, Verkehrsgutachten für die Wienerbergstraße, die Kolbegasse und die Breitenfurter Straße, Untersuchungen für die U 3 und für die U 1 sowie bereits positiv durchgeführte Projektsbesprechungen für Abschnitte der Außenringautobahn. Auf die ZUSATZFRAGE, wie weit einzelne Planungen gediehen sind, kündigte Wurzer an, daß im kommenden Jahr ein Entwicklungskonzept für den Südraum Wiens vorliegen wird. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. HANKE (SPÖ), ob die Absicht bestehe, in den städtischen Wohnhäusern die Aufzüge mit kindersicheren Fahrkorbtüren so umzubauen, daß die Alleinbenützung durch Kinder ab sechs Jahren ermöglicht wird, sagte StR. HATZL (SPÖ), daß nach den derzeitigen Vorschriften die Benützung der Aufzüge für Kinder unter 12 Jahren generell untersagt sei. Ein Umbau der Fahrkorbtüren würde daher keine Änderung bringen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese Vorschrift geändert werden könne, erwiderte StR. Hatzl, er werde Kontakte aufnehmen, ob eine Novellierung dieser Vorschrift möglich sei. Gleichzeitig verwies aber der Stadtrat darauf, daß ein Umbau der Fahrkorbtüren zu Kostensteigerungen führen werde.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. PETRIK (ÖVP), aus welchen Gründen in der städtischen Wohnhausanlage 22, Quadenstraße, ein erhöhter Zins als Erhaltungsbeitrag eingehoben wird, obwohl diese Anlage erst vor rund zehn Jahren erbaut wurde, verwies StR. Hatzl darauf, daß in dieser Wohnhausanlage für Erhaltungsarbeiten pro Monat und Quadratmeter 42 Groschen zur Verfügung gestanden wären. Mit dem Erhaltungsbeitrag sei die Möglichkeit geschaffen worden, daß die Mieter nicht durch den Paragraph 18 des Mietengesetzes belastet werden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es Interventionen bezüglich der Erhaltungsbeiträge in Gemeindewohnhausanlagen gegeben habe, betonte StR. Hatzl, daß es keine Interventionen von Politikern gab. Die Höhe des Erhaltungsbeitrages hänge davon ab, welche Arbeiten künftig durchgeführt werden müssen. In zirka 75 bis 80 städtischen Wohnhausanlagen wird der volle Erhaltungsbeitrag nicht eingehoben, da er nicht benötigt wird. Dieser Fall trifft auch auf die Anlage Quadenstraße zu. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob dem Gemeinderat eine Schätzung aller Erhaltungsarbeiten vorgelegt werden wird, sagte StR. HATZL, daß er diese Unterlagen zusammenstellen werde.

Auf die 14. ANFRAGE von GR. OBLASSER (SPÖ), ob die Aufzüge in den städtischen Wohnhäusern dem aktuellen Stand der Sicherheitstechnik entsprechen, erwiderte StR. HATZL, daß dies der Fall sei. Die Aufzüge würden auch jährlich überprüft. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese alten Aufzüge technologisch überholt werden, sagte Hatzl, daß sie im Zusammenhang mit den Reparaturen auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden.

Zwtl.: Anfragen und Anträge

Es lagen zwei ANFRAGEN der FPÖ und drei schriftliche Anfragen der ÖVP vor. An ANTRÄGEN lagen vor: von der FPÖ betreffend die rasche Zuweisung leerstehender Gemeindewohnungen an vorgemerkte Wohnungssuchende und betreffend Gültigkeitsdauer von Schülerstreckenkarten in den Monaten Juli und August. Von der ÖVP: betreffend Berücksichtigung von Wiener Firmen bei öffentlichen Bauvorhaben in Wien; betreffend Sicherstellung der Rückforderung von Förderungsbeiträgen aus dem Kulturschilling bei Verkauf des Hauses; betreffend bessere Nutzung von Grünflächen bei städtischen Wohnhausanlagen und betreffend Baumpflegemaßnahmen.

Die Anträge wurden zugewiesen. (Forts.) fk/gg

NNNN

13 Ausstellungen im Türkenjahr

=++++

14 #Wien, 28.6. (RK-KULTUR) 13 Ausstellungen werden in Wien und Umgebung im Türkenjahr 1983 gezeigt werden. Einen ersten Überblick über die Ausstellungstätigkeit bietet der soeben herausgekommene Vorprospekt der Türkenausstellungen. Zentrales Ereignis wird die Schau sein, die ab 5. Mai 1983 im Künstlerhaus und im Museum der Stadt Wien unter dem Titel "Die Türken vor Wien - Europa und die Entscheidung an der Donau 1683" zu sehen sein wird. #

Neben der Dokumentation des Kampes um die Stadt wird diese Ausstellung auch einen umfassenden Einblick in die Situation Europas in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bieten. Als Gestalter für den künstlerischen Rahmen der Schau konnte Architekt Hans Hollein gewonnen werden.

Die österreichische Nationalbibliothek wird in ihrer Ausstellung die Beziehungen Österreichs zum Großreich der Osmanen dokumentieren, das Heeresgeschichtliche Museum wird im Türkenjahr die neuen Räume seiner Schausammlungen zu den Türkenkriegen eröffnen.

Einen ebenso vergnüglichen wie belehrenden Wanderweg durch das Belvedere unter dem Titel "Wunderwürdiges Kriegs- und Siegeslager des Prinzen Eugen von Saveyen" wird die österreichische Galerie zum Türkenjahr beitragen.

Ausstellungen des Museums des 20. Jahrhunderts, einiger Bezirksmuseen und Privatveranstalter runden das Thema in Wien ab, außerhalb der Stadt werden Ausstellungen in Kittsee, Schloß Pottenbrunn, Schloß Greillenstein und Perchtoldsdorf dem Türkenjahr gewidmet.

Günstige Kartenschecks und zu einem Sammelkatalog zusammenstellbare Kataloge sollen den Besuch mehrerer Ausstellungen ermöglichen.

Eine Reihe von Produktionen und Gastspielen während der Wiener Festwochen 1983 stehen ebenfalls in Bezug zum Türkenjahr. (Schluß)
gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Rechnungsabschluß 1981

=++++

12 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) In seinem Einleitungsreferat zum Rechnungsabschluß erklärte Finanzstadtrat MAYR (SPÖ), daß Wien im Jahre 1981 im Vergleich zum Bundesdurchschnitt im sekundären Sektor besser abschnitt, im tertiären jedoch schlechter. Ausschlaggebend dafür war besonders der Handel, der in Wien um 0,5 Prozent zurückging, in Österreich aber um 0,9 Prozent stieg. Erfreulich war die Entwicklung in der Industrie, vor allem der Elektroindustrie und im Fremdenverkehr; Probleme gab es vor allem beim Gewerbe, in der Bauwirtschaft und beim Handel. Der Verbraucherpreisindex stieg um 6,8 Prozent - Österreich liegt somit im internationalen Vergleich an fünfter Stelle.

Vorrangiges Ziel der österreichischen Wirtschaftspolitik war die Erhaltung der Vollbeschäftigung. Sie konnte trotz anhaltender internationaler Rezession erreicht werden. Die Arbeitslosenrate stieg um 0,5 Prozent auf 2,4 Prozent im österreichischen Durchschnitt. In Wien konnte mit 2,1 Prozent ein günstigerer Wert erzielt werden. Es ist notwendig, daß die öffentliche Hand der Erhaltung der Vollbeschäftigung erhöhtes Augenmerk widmet.

Bei Einnahmen von 57 Milliarden und Ausgaben von 60,3 Milliarden weist der Rechnungsabschluß 1981 einen Abgang von 3,3 Milliarden aus. Der Abgang ist um 1,3 Milliarden geringer als im Budget 1981 vorgesehen.

Die Einnahmen stiegen von präliminierten 53,8 Milliarden um 6,1 Prozent auf 57 Milliarden. Darin sind auch 3,1 Milliarden vom Gemeinderat beschlossene Kreditaufnahmen enthalten. Schwerpunkte der Mehreinnahmen waren: 845 Millionen aus dem Finanzausgleich, 1.138 Millionen bei eigenen Steuern und Abgaben sowie 3.184 Millionen bei Anleihen und Darlehen zur Abgangsdeckung. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Rechnungsabschluß 1981

=++++

13 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Ausgaben stiegen von 58,4 auf 60,3 Milliarden. Wesentlich waren dabei 211 Millionen bei der Instandhaltung, 96 Millionen bei Sozialhilfe (die nun bereits fast die zwei Milliarden Grenze erreicht), 87 Millionen bei den Krankenanstalten (dazu Mindereinnahmen von 200 Millionen), 238 Millionen für Ver- und Entsorgung, 119 Millionen für Annuitätenzuschüsse für Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz. Wesentliche Minderausgaben ergaben sich beim Personal (206 Millionen), bei der internen Fremdmittelverrechnung (374 Millionen), beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses (300 Millionen) sowie 166 Millionen im Rahmen der Wirtschaftsförderung.

Insgesamt konnten die politischen Zielsetzungen für das Jahr 1981 - ordnungsgemäße Weiterführung begonnener Projekte, Ausbau des sozialen Netzes, der bildungspolitische und kulturelle Auftrag und vor allem die Erhaltung der Vollbeschäftigung - erreicht werden, sagte MAYR. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Rechnungsabschluß 1981

=++++

15 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Der Abgang aus dem Budget beträgt 3.290 Millionen S, stellte StR. Mayr fest. Zur Deckung dieses Abgangs wurden Fremdmittel in der Höhe von 3.184 Millionen aufgenommen. Der Schuldenstand der Stadt Wien betrug Ende 1981 35,7 Milliarden gegenüber 31,2 Milliarden zu Anfang des Jahres 1981. Der Schuldenstand machte 5,3 Milliarden aus. Wien ist mit 62,3 Prozent der Einnahmen verschuldet. Die österreichischen Gemeinden sind im Durchschnitt an die 100 Prozent verschuldet, Städte wie Innsbruck oder Klagenfurt sind sogar zu 150 Prozent verschuldet.

Zwischen 1978 und 1981 wurden von der ÖVP Anträge gestellt, die eine Mehraufwendung von 8 Milliarden erfordert hätten. Gleichzeitig wurde die Zustimmung für Mehreinnahmen in der Höhe von drei Milliarden verweigert.

Der Rechnungsabschluß bietet eine gute Ausgangsposition für die Arbeit der Stadtverwaltung in den künftigen Jahren. Schwerpunkte werden sein:

- o Vollbeschäftigung und qualitatives Wirtschaftswachstum
- o sanfte Stadterneuerung
- o Erhaltung und Schaffung einer gesunden Umwelt.

Die Vollbeschäftigung und qualitatives Wirtschaftswachstum sind Voraussetzungen dafür, daß andere Ziele finanziert werden können. Die Politik der Vollbeschäftigung ist nicht nur ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, sondern bedeutet auch eine gute Sozialpolitik.

Um die zukünftigen Ziele zu bewältigen, fordert StR. Mayr eine Änderung des Finanzausgleichs. Wien ist in vielerlei Hinsicht benachteiligt, - am ärgsten bei den Spitalskosten und bei der Bewältigung des Nahverkehrs. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Rechnungsabschluß 1981

=++++

16 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) 20 Prozent der Patienten stammen nicht aus Wien. Ist es wirklich unzumutbar, daß sich auch die Bundesländer am Abgang der Spitalskosten beteiligen, fragte MAYR? Für die Bewältigung des Nahverkehrs hat die Stadt Wien 4,5 Milliarden Schilling ausgegeben. Bei den Gemeinden werden diese Ausgaben vom Bund getragen. Städte und Gemeinden sollen aber gleich behandelt werden. Wien erhält über den Steuerausgleich viel weniger zurück als es aufbringt. StR. Mayr fordert daher eine Änderung des Finanzausgleichs in den Fragen der Spitalerhaltung, des Nahverkehrs und dem Abfluß der Steuermittel aus den Städten. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Finanzen

=++++

17 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL (FPÖ) warnte davor, die rasch wachsende Verschuldung Wiens auf die leichte Schulter zu nehmen. Bei steigender Tendenz sei bereits heuer eine Verschuldungsquote von 60 Prozent des Jahresbudgets erreicht. Ein Steigen des Schuldenstandes und damit des Schuldendienstes bedeute jedoch eine Verringerung der Investitionsanteile bis zu dem Punkt, an dem die Stadt keine Impulse mehr für die Wirtschaft geben kann. Auch die Abdeckung der jährlichen Rate für Großprojekte dürfte äußerst schwierig aufzubringen sein, weshalb die FPÖ auch mehrfach gefordert habe, die U 6 und die U 3 nacheinander zu bauen und sich nicht am Konferenzzentrum zu beteiligen. Neben dem hohen Zinsniveau führte Hirnschall auch mangelnde Planung bei vielen Projekten als Ursache für finanzielle Schwierigkeiten an. Man sollte mehr auf Beamte mit Zivilcourage setzen: dadurch könnte man wahrscheinlich Fehlplanungen wie zuletzt im Fall Rinter vermeiden. Noch nicht zu spät, um finanziellen Schaden von der Stadt abzuwenden, sei es beim Ausbau des Wiener Hafens. Hier müsse man die Pläne den geänderten Voraussetzungen anpassen, da ja der Rhein-Main-Donau-Kanal zumindest in nächster Zeit nicht verwirklicht werden dürfte.

Schließlich nannte Hirnschall das Spitalsdefizit von 4,5 Milliarden als kaum tragbar. Hier sei die Frage der ungedeckten Spitalskosten auswärtiger Patienten zu lösen. Die von Sozialminister Dallinger ventilierter 35-Stundenwoche würde bei einem Kostenanteil von 70 Prozent die Personalkosten der Wiener Spitäler weiter explodieren lassen.

Abschließend bezeichnete Hirnschall die derzeitige Finanzpolitik als Hypothek für die Zukunft der Stadt Wien. Die FPÖ werde dem Rechnungsabschluß daher nicht zustimmen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Finanzen

=++++

22 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Verschuldung steigt im Eilzugstempo, kritisierte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Ein Finanzkonzept fehlt. Die Arbeitslosigkeit in Österreich hat eine Höhe wie schon seit 23 Jahren nicht mehr erreicht. In Wien hat sich die Zahl der Arbeitslosen seit dem Vorjahr um fast 10.000 erhöht. Auf eine offene Stelle kommen sechs Arbeitssuchende. Beim Wiener Konferenzzentrum gebe es eine eigenartige Vergabepaxis, sagte Wöber. Die ARGE Universale/Hofman & Maculan/Wibeba/Neue Reformbau/Raupach war zunächst Bestbieter und wurde nach politischen Interventionen aus Kärnten an die zweite Stelle gesetzt. Wiener Unternehmen gingen dadurch leer aus. Wöber stellte den ANTRAG, eine Volksabstimmung über die Beteiligung Wiens am Bau des Konferenzzentrums abzuhalten.

Die Verschuldungspolitik mit falschen Schwerpunkten vertut den letzten Budgetspielraum. Die Investitionsquote ist gesunken. Vom Wiener Budget gehen Jahr für Jahr weniger Beschäftigungsimpulse aus. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zeichnet sich ab. Die Zahl der arbeitslosen Akademiker steigt. Chancen für zusätzliche Arbeitsplätze bieten Klein- und Mittelbetriebe. Notwendig ist eine Stadterneuerung mit Herz und Ideen. Die Zeit der Großprojekte ist vorbei. Großprojekte verschlingen Mittel, die für die Stadterneuerung und für die Strukturverbesserung notwendig wären. Die Stadterneuerung hat einen höheren Beschäftigungseffekt und bringt Folgenutzen statt Folgekosten.

Stadtrat MAYR meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort. Es sei nicht richtig, daß die Firmengruppe ARGE-Universale etc. Bestbieter war, da ihr Angebot nicht den Ausschreibungen entsprach. Es wurde gemäß der Ö-Norm vorgegangen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Finanzen

=++++

23 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) verwies darauf, daß der Rechnungsabschluß die Gelegenheit gibt, zu überprüfen, ob eine richtige Politik gemacht wurde. Seit 1973 hat die SPÖ die alleinige Regierungsverantwortung und die Wiener Bevölkerung teilt offensichtlich nicht die Kritik der Opposition. Zu seinen Vorrednern sagte GR. Kneidinger, die Vorwürfe, daß der Schuldenberg zu hoch ist, sei irreführend. Es sei gelungen, die Verschuldung Jahr für Jahr zu verringern. Zum Vorwurf, daß für die Öffentlichkeitsarbeit Mehrausgaben getätigt wurden, verwies Kneidinger darauf, daß allein für die Volkszählung und die beiden Volksbegehren mehr als 16 Millionen S benötigt wurden. Es sei außerdem eine Unterstellung, daß das Budget verschleiert werde.

Es ist gelungen, die Erhaltung der Vollbeschäftigung in Wien trotz der tristen internationalen Lage zu sichern. Dies geschehe auch durch die Förderung neuer Lehrplätze und durch die Innovationsförderung. Die Gründung des Wirtschaftsförderungsfonds als Anlaufstelle für Klein- und Mittelbetriebe hat sich bewährt.

In einem Vergleich mit anderen Städten zeigt sich, daß Wien, was die Verschuldung anbelangt, sehr günstig dastehe. Eine Politik der Panikmache sei daher nicht am Platz, die Bonität, die Wien auf dem internationalen Finanzmarkt genießt, zeigt das. Das ist ein Beweis für die verantwortungsbewußte Politik, die in dieser Stadt gemacht wird. Auch in den kommenden Jahren werden die Schwerpunkte der Arbeit die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die Stadterneuerung, die Sozial- und Gesundheitspolitik sowie öffentlicher Verkehr und Freizeiteinrichtungen sein. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte Finanzen

=++++

24 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) kritisierte, daß der Anteil Wiens aus dem Finanzausgleich seit der Koalitionsregierung ständig zurückgegangen ist. Eine der entscheidenden Fragen, über die nun mit dem Bund eine Entscheidung herbeigeführt werden muß, sei das Problem der Mehrwertsteuer beziehungsweise des Vorsteuerabzugs bei Kindergärten und Horten. Für Wien geht es dabei um 90 Millionen, die nach dem Willen des Finanzministers nachgezahlt werden müssen. Soll auf dieser Basis der Kindergartenbeitrag erhöht werden, fragte Hahn? Der Bund dürfe nicht glauben, das Budget auf Kosten der Stadt Wien sanieren zu können. Er erhob den Vorwurf, daß der Bund bei wichtigen Chancen zur großflächigen Stadterneuerung mit Grundflächen spekuliere.

Hahn erklärte, die Kritik am GM-Projekt und die Unterstützung für die Zanussi-Ansiedlung liege beim Anteil der geleisteten Förderung: Bei GM gab es 42 Prozent pro Arbeitsplatz, bei Zanussi nur 30 Prozent.

Hauptanlaß, den Rechnungsabschluß abzulehnen, seien die sinkenden Investitionen um die steigenden Aufwendungen für Zinsen- und Schuldendienst. Seit 1971 ist der Anteil an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben von 38,9 Prozent auf 26,8 Prozent zurückgegangen. Die Ausgaben sind in dieser Zeit um mehr als 210 Prozent gestiegen, die Ertragsanteile jedoch nur um 150 Prozent. Dazu komme, daß der Bund den Ländern 386 Millionen Anteile vorenthalten habe, sagte Hahn. Probleme gebe es auch beim Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds. Es sei vordringlich, die Gesundheitspolitik außer Streit zu stellen.

Hahn brachte einen ANTRAG ein, die Forderungen und Verbindlichkeiten der Gemeinde Wien künftig detailliert im Rechnungsabschluß auszuweisen. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Finanzen

=++++

25 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Hinsichtlich Stadterneuerung und Wohnungsbau sei der Rechnungsabschluß zuwenig instruktiv, sagte Hahn weiter. Die ÖVP habe ihre Vorstellungen zur Stadterneuerung dargelegt, bis jetzt habe es darauf keine Antwort gegeben. Er nannte 240 Milliarden für die Stadterneuerung in den nächsten 18 Jahren, davon fehlten jedoch 100 bis 170 Milliarden. Die Rücklagen für Wohnbauförderung und große Wohnungsverbesserung seien in den letzten drei Jahren von 735 Millionen auf 1.464 Millionen gestiegen. Er BEANTRAGTE, diese Mittel teilweise für die Einführung einer Wohnstarthilfe zu verwenden, durch die junge Menschen zum Erwerb einer Eigentumswohnung, einer Genossenschaftswohnung oder für Investitionen im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Mietwohnung ein zinsengünstiges Darlehen bis maximal 100.000 Schilling erhalten sollen. Im Rahmen der Verhandlungen über ein neues Wohnbauförderungsgesetz 1983 soll darauf bereits entsprechend Bedacht genommen werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Finanzen

=++++

27 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Mit ihrer Ablehnung des Rechnungsabschlusses lehnt die Opposition auch die politische Zielsetzung der Stadtverwaltung ab und spricht sich wieder einmal gegen die Stadt Wien aus, stellte GR. EDLINGER (SPÖ) fest. Wie schon so oft hat die ÖVP erneut bewiesen, daß sie gegen Wien ist. So hat sie auch den Stadtentwicklungsplan ohne Diskussion abgelehnt und hält ihr negatives Stadtbild weiter aufrecht.

In Wien konnten alle Ziele verwirklicht werden: Das soziale Netz wurde ausgebaut, die Stadterneuerung ging voran, die Wohnbauförderung wurde verbessert und die Grünpolitik erweitert. Außerdem wurde 1981 eine Summe von Maßnahmen gesetzt, mit dem Ziel, die Vollbeschäftigungspolitik zu erhalten. In den von der ÖVP jahrzehntelang vernachlässigten Gebieten wurden bewußt Strukturverbesserungen betrieben. Es gibt eine breite Palette von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, die sowohl kleine wie größere Betriebe umfaßt. Auch der Großbetrieb, den die ÖVP verteufelt, ist notwendig. Mit dem Begriff "Saurier" versucht die ÖVP, Angstgefühle in den Menschen zu erwecken.

Während der Antikampagne zum Konferenzzentrum hat die ÖVP den Österreichern um 25 Millionen Dinge versprochen, die nie verwirklicht werden können. Viele Menschen haben das Volksbegehren unterschrieben, weil sie dachten, daß diese Wünsche wirklich erfüllt werden können. Dies sei eine unseriöse Politik, stellte EDLINGER fest. Auch wenn die Menschen den Vorteil von bestimmten Maßnahmen nicht sofort erkennen können, so sind die langfristig positiven Auswirkungen wichtig. Auch die ÖVP benötigt offenbar handfeste Beweise, um Vorteile einzusehen. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Finanzen

=++++

28 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Edlinger wies auf das Spannungsverhältnis von direkter und parlamentarischer Demokratie hin. Die direkte Demokratie nimmt den Parteien oder der Regierung die Verantwortung nicht ab. Das Volksbegehren zum Konferenzzentrum wird respektiert, obwohl der ÖVP kein Mittel zu billig und zu schlecht war, um das Konferenzzentrum zu diskriminieren. GR. Edlinger deckte Widersprüche der ÖVP in ihren eigenen Wahlprogrammen auf. 1972 ist die ÖVP gegen die Donauinsel beziehungsweise sogar für eine Bebauung der Insel gewesen. 1978 trat sie für eine Verzögerung der Ausgestaltung der Insel ein. Zum Hafenausbau stellte die ÖVP fest, daß leistungsfähige Verkehrsanschlüsse geschaffen werden sollten und der Hafen mit der notwendigen technischen Infrastruktur auszustatten sei. Produktionsbetriebe sollen in Hafennähe entstehen. Heute fällt der Hafen bei der ÖVP unter das Thema "Saurier". Aus der Kritik und aus der Ablehnung zum Rechnungsabschluß ist die feindselige Haltung der Wiener ÖVP zur Stadt zu spüren, meinte Edlinger. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Finanzen

=++++

29 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) In einer kurzen Stellungnahme zu den Ausführungen von GR. EDLINGER (SPÖ), sagte Stadtrat MAUTHE (ÖVP), daß der Begriff Stadtreparatur von den Berliner Sozialisten geprägt worden ist und wies Angriffe, er publiziere wienfeindliche Beiträge, zurück.

Stadtrat NEUSSER (ÖVP) sagte, er lasse die ÖVP nicht als Neinsagerpartei denunzieren. Die ÖVP war nie gegen die Ansiedlung von GM in Wien, nur gegen die bevorzugte Subventionierung dieses Unternehmens. In der Frage der Stadterneuerung ist die ÖVP dafür, auch Private einzuschalten. Was das Konferenzzentrum betrifft, so bezweifeln nicht nur ÖVP-Politiker den angegebenen Beschäftigungseffekt. Weit über 90 Prozent aller Beschlüsse im Gemeinderat werden einstimmig gefaßt: Daß die ÖVP für kooperatives Arbeiten ist, zeigt auch ihre Zustimmung zu den kommenden Beschlüssen bezüglich der Garagenförderung, der Lehrplatzförderung und der Aktionen für wassersparende Maßnahmen.

Neusser bezeichnete die Wirtschaftslage als wesentlich verschlechtert und wies auf seiner Meinung nach wirtschaftsfeindliche Tendenzen in Teilorganisationen der SPÖ hin, wobei auch die Sozialpartnerschaft in Frage gestellt wird.

Die heimische Wirtschaft muß lernen, mit einem verminderten Wachstum zu leben und der Konkurrenz der Schwellen- und Entwicklungsländer mit einer verbesserten Technologie entgegenzutreten, um den Lohnkostenfaktor auszugleichen.

Auch er sei für eine Politik der Vollbeschäftigung. Erfolge können jedoch nur auf der Basis gemeinsamer Anstrengungen aller erreicht werden, wobei jeder vom anderen annimmt, daß er es gut meint. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Finanzen

=++++

30 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR nahm zu einer Reihe von aufgeworfenen Fragen Stellung. Die zusätzliche Verschuldung macht Jahr für Jahr einen geringeren Prozentsatz aus. Das Hafenkonzert sieht zwei Ausbaustufen vor, wobei für die erste der Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals noch keine Rolle spielt.

Mit der Förderung von General Motors wurde versucht, eine auf dem Arbeitsmarkt in der Metallindustrie erkennbare Entwicklung rechtzeitig zu stoppen. Es sei unverständlich, sagte Mayr, daß dieses Projekt, durch welches 3.300 Arbeitsplätze in Wien geschaffen werden, ständig verteufelt werde. Diese dauernde Polemik kann großen Schaden anrichten, weil es für kein Unternehmen erfreulich ist, ständig im Kreuzfeuer politischer Auseinandersetzungen zu stehen. Für die Entwicklung des Gewerbes ist eine gute gewerbliche u n d industrielle Struktur notwendig.

Mit einer konservierenden Politik allein kommen wir nicht weiter. Ein Großprojekt wie die U-Bahn verwandelte die Umwelt in der Inneren Stadt und in Favoriten zugunsten der Menschen. Großprojekte generell als menschenfeindliche "Saurier" zu denunzieren, ist deshalb falsch. Es geht nicht um die Größe eines Projekts, sondern um seine Nützlichkeit.

Der Anteil Wiens an der Stadterneuerungsmilliarde ist mit 57,5 Prozent sehr hoch. Beim Anteil der gemeinschaftlichen Bundesabgaben am Wiener Budgetrahmen wirkten sich die beiden letzten Volkszählungen aus. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Finanzen

=++++

31 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Bei den Nordbahngründen, sagte MAYR, betragen allein die Absiedlungskosten 600 Millionen, was natürlich eine schwere Belastung darstellt. Mit Grundstücksspekulation hat dies jedoch nichts zu tun. Bezüglich der Rennwegkaserne fanden überhaupt keine Preisverhandlungen statt, da das Finanzministerium einen Verkauf dieses Grundstücks ablehnt.

Die Einführung der Parkometergebühr mußte gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen werden. Erst durch diese Einnahmen wurde eine längerfristige Garagenförderung möglich. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Finanzen

=++++

32 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WÖBER (ÖVP), nahm zu den Ausführungen von Stadtrat MAYR Stellung und verwies auf die großen Probleme des Wiener Arbeitsmarktes. Hier werden längerfristige Fragen zu lösen sein, die drohende Jugendarbeitslosigkeit und die mit der Rationalisierung der Industrie verbundenen Probleme. Bisher sei es gelungen, im tertiären Bereich zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Sobald aber der Dienstleistungsbereich gesättigt ist, stellt sich die Frage, wo die benötigten Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Hier bieten sich nach Meinung der ÖVP die Klein- und Mittelbetriebe an, sie könnten sich den Markt besser anpassen. Daher dürfe man das Gewerbe nicht vernachlässigen. Für Wien wäre der Weg richtig, der mit dem Wirtschaftsförderungsfonds begonnen wurde. Wien braucht ein wirtschaftsfreundliches Klima.

Die Stadterneuerung sei für die ÖVP eine echte Alternative zum Konferenzzentrum. Er bedauere, daß die Stadterneuerung vernachlässigt werde, denn sie sei eine echte Chance für die Wirtschaft und die Bewohner von Wien. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

35 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Teure Kredite führten zu einem Anstieg der Wohnungskosten, es galt daher, das Wohnen wieder billiger und für sozial Schwächere erschwinglich zu machen, sagte Stadtrat HATZL (SPÖ). Er erinnerte daran, daß auf seine Initiative 100 Millionen zur Zinsenstützung aus dem Bereich der Wohnbauförderung freigewacht wurden, um die Kosten neuer Wohnungen in tragbaren Grenzen halten zu können. Das Landesdarlehen für Neubauten wurde angehoben, wodurch die Mietzinse deutlich gesenkt wurden. 1981 konnten 6.247 Wohnungen und 53 Geschäftslokale gefördert werden, darunter sind 2.025 Wohnungen, die die Stadt Wien selbst errichtet. Zu Jahresende waren in Wien nahezu 7.000 Wohnungen in Bau. Täglich waren durchschnittlich 2.400 Arbeiter auf Baustellen der städtischen Wohnbauten beschäftigt, und noch einmal so viele wurden für Wohnungsinstandsetzungen eingesetzt. Damit wurden nicht nur wichtige Maßnahmen für die Bauwirtschaft, sondern auch für die Arbeitsplatzsicherung geleistet. Für die Sicherung der Arbeitsplätze und die Bauwirtschaft sind aber auch das Sonderwohnbauprogramm und das neue Mietrecht besonders wichtig. Mehr Aufträge als je zuvor können an Klein- und Mittelbetriebe vergeben werden.

Die Stadt Wien wird 2280 Wohnungen im Rahmen des Sonderwohnbauprogramms fördern. Diese Zahl ist so hoch, weil einige Bundesländer die Möglichkeit aus politischen Gründen nicht nutzen. In Wien werden insgesamt 8200 Wohnungen gefördert werden. (Forts.)
and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

36 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Erstmals wurden 1981 städtische Althäuser zur Selbstinstandsetzung vergeben, sagte HATZL weiter, vor allem ist aber entscheidend, daß bei der Wohnungsvergabe immer mehr junge Familien bzw. immer mehr junge Menschen berücksichtigt werden: 60 Prozent aller vergebenen Wohnungen gingen an junge Menschen. Verbesserungen gab es auch bei der Wohnbeihilfe. Im Bereich des Wohnungsverbesserungsgesetzes wurden 12.791 Fälle mit einem Darlehensvolumen von 783 Millionen zugesichert. 17.486 Wohnungen erhielten Verbesserungen der Wasser-, Strom- und Gasinstallationen, Heizungen und Badeanlagen. Drei Milliarden Schilling wurden an Wohnbauförderungsdarlehen ausbezahlt, bei den Annuitätenzuschüssen waren es 727 Millionen.

Hatzl berichtete dann über die Tätigkeit der MA 25 und erläuterte, daß aus dem Titel der Wohnbauförderung 1968 455 Anträge mit einer Kostensumme von 5,4 Milliarden in bautechnischer Hinsicht geprüft wurden. Für 10 fertiggestellte Wohnhausanlagen mit insgesamt 2800 Wohnungen waren Rechnungen in Höhe von eineinhalb Milliarden zu überprüfen. Daß bis Jahresende nicht alle eingelangten Paragraph 7- und Paragraph 8-Anträge aufgearbeitet werden konnten, liegt daran, daß sehr viele ohne entsprechende Unterlagen eingebracht wurden, die nun nach und nach vervollständigt werden. Von den Schlichtungsstellen und Gerichten langten 3990 Anträge zur Bearbeitung ein. Hatzl trat damit Vorwürfen entgegen, die in letzter Zeit gegen die MA 25 erhoben worden waren. Weit mehr als die Hälfte kommunaler Wohnbauten entstehen im dichtbebauten Gebiet. Stadterneuerung gehe jedoch weit über Wohnbau und Wohnungsverbesserung hinaus. Die Summe dieser Maßnahmen habe im Jahre 1981 nahezu 12 Milliarden ausgemacht. "Der soziale Wohnbau, vor allem der kommunale Wohnbau hat der Wiener Bevölkerung weitgehende Verbesserungen gebracht. Er hat sich in einem Ausmaß bewährt, das eigentlich jeden Politiker dieser Stadt verpflichten müßte, uneingeschränkt für den kommunalen Wohnbau einzutreten", formulierte Hatzl. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

37 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Dies bedürfe nicht nur Lippenbekenntnissen, sondern auch tatkräftiger Unterstützung und Außerstreitstellung von Projekten, vor allem im gewidmeten Bauland, ergänzte Hatzl.

Zwtl.: "Neue Eigenheime" in Schwierigkeiten

Er habe festgestellt, sagte Hatzl, daß sich die "Neue Eigenheime" gegenwärtig in keiner geordneten Vermögens- und Kapitalslage befinden. Der Vorstand sei seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Er, Hatzl, habe daher veranlaßt, daß derzeit keine Förderungsmittel bewilligt und auch freigegebene Beträge nicht ausbezahlt werden, bevor ein Überblick über den Umfang der Probleme gewonnen werden kann. Es seien jedenfalls große Schwierigkeiten für die Wohnungsbesitzer zu befürchten.

Die Frage der Kontrolle von Wohnbaugesellschaften müsse eingehend diskutiert und auf gesetzlicher Ebene fixiert werden, führte Hatzl weiter aus.

Hatzl wies schließlich auf eine Verbindung von der WBO zu einem Wiener Wohnbauträger hin. Er habe veranlaßt, daß für diesen vorerst die Mittel gesperrt werden. Bei einigen anderen habe er verlangt, daß die Bücher durch einen Wirtschaftsprüfer kontrolliert werden.
(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

38 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Sieben Punkte, um im Wohnbau neue Wege zu gehen, hob GR. KUCHAR (FPÖ) hervor:

1. Voraussetzung für eine gute Wohnungspolitik ist ein funktionierender Bodenmarkt mit einer angemessenen Bodenvorratspolitik.
2. Durch ein marktkonformes Mietrecht soll Wohnraum zu entsprechenden Preisen auf den Markt gebracht werden.
3. Die Vergabe von kommunalen Wohnungen soll nach einem Punktesystem erfolgen.
4. Bei den gemeinnützigen Wohnbauträgern sollen die Wohnbauförderungsmittel direkt an die künftigen Mieter ausbezahlt werden. Förderungsmittel sollen auch privaten Wohnbauträgern gewährt werden. Wohnbauträger sollen jedoch nur dann Förderungsmittel erhalten, wenn sie Fertigstellungstermine und Fixpreise garantieren. Alle Geldbeträge sollen auf ein Sperrkonto eingezahlt werden, über das die Wohnbauträger nur über einen Treuhänder verfügen können.
5. Wohnungseigentum soll auch im Leasing-Verfahren beziehungsweise durch Kaufmiete erworben werden können.
6. Vor Beginn von Instandsetzungsarbeiten sollen Zivilingenieure den Bauzustand der Häuser und der Wohnungen überprüfen.
7. Wohnungs-Finanzierungsprobleme sollen durch eine verbesserte Bausparförderung sowie durch steuerliche Erleichterungen gelöst werden.

GR. Kuchar kritisierte die hohen Mietenbelastungen bei neuen Gemeindewohnungen sowie die gemeinnützigen Wohnbauträger, die so - Kuchar - teurer bauen als private. Die "Gemeinnützigen" seien in vielen Fällen Mittel zum Selbstzweck geworden, um politische Macht über Menschen auszuüben oder politische Mehrheiten zu stützen.
(Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

39 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Peter MAYR (ÖVP) betonte die gemeinsame Sorge aller Parteien um das Wohnen zu vertretbaren Preisen. Was die ÖVP jedoch von der SPÖ unterscheidet, ist das Eintreten für das Wohneigentum. Auch bei der Stadterneuerung tritt die ÖVP dafür ein, durch ein gemeinsames Vorgehen mit den Eigentümern und den Mietern eine Lösung zu suchen.

Nach einer wissenschaftlichen Studie, die an der TU Wien ausgearbeitet wurde, werden im Jahr 2000 ein Sechstel aller Wiener Gebäude abbruchgefährdet sein, sagte Mayr. Es gelte also, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Gefährdung vorzubeugen. Immerhin stammen mehr als ein Drittel der Gebäude Wiens aus der Zeit vor 1919. Als Motiv, sich in dieser Sache zu engagieren, nannte Mayr die Schaffung des Eigentums. Dem stehe die eigentumsfeindliche Haltung der SPÖ gegenüber, die ein Abwandern der leistungsfähigen Bevölkerungsschichten, in das Wiener Umland zur Folge hat.

Mayr sprach sich auch für die Mitsprache der Mieter bei der Ausgestaltung neuer Wohnungen und für vermehrte Bemühungen um architektonische Qualität bei Neubauten aus. Abschließend betonte er nochmals, daß die Finanzierung der Stadterneuerung in Wien nur unter Beteiligung sowohl der Hauseigentümer als auch der Mieter möglich sein werde. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

40 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Seit Jahren gibt es bei Gemeindewohnungen Bauzeitüberschreitungen, sagte GR. Ing. KREINER (ÖVP). Er stellte die Frage, warum vertraglich ausbedungene Bauzeiten nicht eingehalten werden?

Zum neuen Mietrecht meinte Kreiner, daß die Sanierung von Althäusern mittels des Erhaltungsbeitrages meist nicht möglich sein werde. Das Recht auf Abrechnung ist nicht neu, es wurde den Mietern bisher nur vorenthalten. Mietzinsbeihilfen sind Steuergeld, die durch die Mietenanhebungen noch reichlicher werden fließen müssen. Am meisten betroffen sind jene, die knapp über den Einkommensgrenzen liegen und deshalb keine Beihilfen bekommen. Derzeit gibt es bei den Gemeindewohnungen ausstehende Mieten in der Höhe von 44,8 Millionen Schilling. Wie hoch werden die Außenstände in Zukunft sein?

Kreiner stellte die Frage, warum sich Wien als einziges Bundesland gegen die Einführung der Behinderten-ö-Norm ausgesprochen hat. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

41 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) bezeichnete den Wohnbau als Grundelement der Familienpolitik. Der Wohnhausbau bedeute aber auch einen großen Wirtschaftsfaktor. Der überwiegende Teil der Bauarbeiter ist in den Bereichen Wohnbau und Erhaltungsarbeiten beschäftigt. Künftig werden es noch mehr sein.

Die Kritik der ÖVP an den Rücklagen wies Hofstetter zurück. Die Fondsverwaltung muß die Beträge, die zugesichert wurden, bereits halten. Daher gibt es Rücklagen, das ist eine ordnungsgemäße Gebarung.

Die Sozialdemokraten haben den sozialen Wohnbau ins Leben gerufen, sagte Hofstetter. Heute steht der soziale Wohnbau nicht mehr zur Diskussion. Die Grundidee der öffentlichen Förderung für den Wohnbau ist heute nicht mehr umstritten. "Wir Sozialisten sind in erster Linie für die Schaffung von Wohnraum, die ÖVP möchte immer nur eine öffentliche Förderung zur Eigentumsbildung. Für mich", betonte Hofstetter, "ist Freiheit mehr als Eigentum". Die Behauptung, daß bei Eigentumswohnungen eine größere Mobilität gegeben sei, stimmt nicht. Die Genossenschaftswohnung fördert die Mobilität viel mehr.

Die Idee, Gemeindewohnungen ins Eigentum zu übertragen lehnte Hofstetter ab. "Nicht der Meistbietende, sondern der Bedürftige soll eine Wohnung erhalten". Auch die Behauptung, daß Private billiger bauen als Gemeinnützige Wohnungsträger sei durch nichts bewiesen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

42 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HOFSTETTER befaßte sich ausführlich mit der Frage der "halbfertigen" Wohnungen. Er habe Berechnungen durchgeführt und festgestellt, daß bei derartigen "nicht ausgestatteten Wohnungen" für den Wohnungswerber kein finanzieller Nutzen verbunden sei. Er werde daher auch der Gemeinde Wien davon abraten, halbfertige Wohnungen ins Gemeindewohnbauprogramm aufzunehmen. Die Ersparnis betrage maximal 70 Groschen pro Quadratmeter im Monat, dafür beziehe der Wohnungswerber eine Wohnung, der keinen Fußboden, keine Malerei, kein Badezimmer und keine Küche beinhaltet. Gerade die wirtschaftlich Schwächeren könnten sich daher eine solche halbfertige Wohnung gar nicht leisten. Eine echte Kostenersparnis im Wohnhausbau sei möglich bei einer guten Planung. Die Einsparung von drei Quadratmeter Wohnfläche bei durchdachter Planung bringe rund 30.000 S Ersparnis bei den Errichtungskosten. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

44 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Mit der Konstruktion des neuen Mietengesetzes mache man sich an die Geldbörsen der Bevölkerung heran, kritisierte GR. UHL (ÖVP). Für unzählige Familien bedeute das einen Verarmungseffekt und führe zu großen Problemen. Die ÖVP war nie mit der unsozialen Politik des Zugriffs auf die Geldbörsen einverstanden. StR. HATZL habe gesagt, daß die im Jahr 1981 durchgeführten Reparaturen 700 Millionen gekostet habe; dieser Betrag werde durch Steuererhöhungen hereingebracht. Es habe Unzukömmlichkeiten bei Ausschreibungen gegeben; die Magistratsdirektion habe eine Weisung über die Durchführung von Ausschreibungen erlassen, sie wurde jedoch nicht befolgt. Für Arbeiten an einer Feuerwehrrstation wurden ursprünglich 10,5 Millionen prämiert. Vor drei Jahren wurde damit begonnen, sie wurden aber bis heute nicht abgeschlossen. Nun wurde der Ansatz um etwa 2,5 Millionen erhöht. Für diese Angelegenheit sollte sich StR. HATZL interessieren. Uhl kritisierte auch Preiserhöhungen bei anderen Projekten während der Durchführung. In der Summe mache das sicher 100 Millionen aus. Von StR. HATZL verlangte er, das Ideologische in den Hintergrund zu stellen und mehr zu kontrollieren. "Wir sind nicht Ihre Gegner, sondern Ihre Partner, wenn es um politische Verantwortung geht", schloß UHL. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

45 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Das Eigentumsstreben ist tief verwurzelt im menschlichen Wesen, daher hat die Eigentumswohnung bei den Wünschen "des kleinen Mannes" den Vorrang vor der Mietwohnung, stellte GR. Dkfm. Dr. EBERT (öVP) fest. Der Werber einer Eigentumswohnung muß auch einen Vermögensnachweis erbringen, um eine Wohnung zu erhalten. Ein Vorteil der Eigentumswohnung: Der Tausch in eine andere Wohnung ist viel leichter als bei Mietwohnungen. Über Kontrollmöglichkeiten bei Eigentumswohnungen könne man gemeinsam diskutieren. Seine Fraktion verwehre sich jedoch, daß das Eigentum desavouiert wird.

Die Wohnbauförderungsmittel sollen gleichmäßig das ganze Jahr über verteilt werden. Ein Problem ist das laufende Steigen der Subjektförderung, das die Möglichkeiten des Neubaus verringert. Das Konferenzzentrum sei eine Prestigefrage des Bundeskanzlers. Ein wirtschaftlich denkender Mensch könne nicht für das Konferenzzentrum sein. Ein weiteres Problem sind ältere Menschen in den oberen Stockwerken von Privathäusern. Sie erhalten keinen Vormerkschein und haben keine Möglichkeit zur Umsiedlung. Den älteren Menschen, die diese Stadt aufgebaut haben, soll in der Wohnungspolitik mehr Beachtung geschenkt werden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

46 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPÖ) verwies darauf, daß die Sozialisten in Wien seit sechs Jahrzehnten darum bemüht sind, den Menschen zu ordentlichen Wohnungen zu verhelfen. Wien hat in diesem Zeitraum 200.000 Wohnungen gebaut und das ist eine Gigantomanie, die den Wienern zugute kommt. Ebenso gigantisch für alle, die keine Wohnung haben, sind Projekte wie das, das derzeit auf den MIAG-Gründen verwirklicht wird, wo mehr als 500 Wohnungen gebaut werden.

Heinz bekannte sich aber auch zur verstärkten Hinwendung zur Stadterneuerung und wies darauf hin, daß die Fortschreibung des Wiener Wohnbauprogrammes in den kommenden Jahren hauptsächlich Kleinprojekte und Lückenverbauungen vorsieht. Überdies, so Heinz, gibt es viele "Kleinigkeiten", die zur Verbesserung der Wohnstrukturen beitragen: so etwa die Aufzugseinbauten in Gemeindehäusern, die eine große Hilfe für ältere Menschen bedeuten oder verschiedene Verbesserungen an der Infrastruktur, wie Kindergärten und Ordinationen. Zur Forderung der ÖVP nach mehr Wohnungseigentum sagte Heinz, daß überhaupt erst die SPÖ die Voraussetzungen geschaffen hat, daß so viele Menschen Eigentum erwerben können. Zur geforderten Motivation für Mieter und Hausbesitzer, sich an der Stadterneuerung zu beteiligen, bemerkte sie, daß die gebotenen Möglichkeiten von den Hausherrn nicht angenommen werden.

Abschließend betonte die Rednerin, daß die Sozialisten seit sechs Jahrzehnten das Wohnen als Grundbedürfnis des Menschen ansehen. Es wurde in diesem Zeitraum viel geschaffen und es wird noch viel zu schaffen sein, wobei der Stadterneuerung in Form von Neubau, Verbesserung und Instandhaltung in nächster Zeit besonderes Augenmerk zu schenken sein wird. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

47 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Man gewinnt den Eindruck, sagte GR. Dr. PETRIK (ÖVP), daß die "sanfte Stadterneuerung" ein Deckname für eine verzögerte Stadterneuerung ist. Die Ankündigung von Bürgermeister GRATZ, jährlich 12 Milliarden Schilling für die Stadterneuerung aufzuwenden, war in Wirklichkeit ein "Rundgang" durch das Budget. Für die Revitalisierung der Häuser und für echte Stadterneuerung geschieht noch zu wenig.

Warum wurde die Forderung nach Objektivierung der Wohnungsvergabe und nach mehr Transparenz nicht erfüllt, fragte Petrik. Viele Menschen in Wien können sich Gemeindewohnungen bereits nicht mehr leisten, weil die Belastungen zu hoch sind. Viele alte Menschen haben im vergangenen Winter in ihren Wohnungen gefroren. Eine gezielte Heizkostenbeihilfe ist notwendig. Petrik kritisierte, daß Menschen, die in verschiedenen Häusern leben, bei der Wohn- bzw. Mietzinsbeihilfe unterschiedlich behandelt werden.

Er brachte einen ANTRAG ein, in Zukunft Wohnungen in Althäusern der Gemeinde Wien, die zum Abbruch vorgesehen sind und bis dahin einige Zeit leerstehen, sich aber in einem bewohnbaren Zustand befinden, vorübergehend prekaristisch an Personen, die dies wünschen, zu vergeben. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

48 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL meinte zum Antrag von GR. Dr. PETRIK (öVP), daß es bereits zahlreiche prekaristisch vermietete Wohnungen gebe. Auch mit der Wiener Hochschülerschaft habe er bereits Gespräche geführt, daß man zum Abbruch bestimmte Projekte Studenten zur Verfügung stellen könnte. Für Familien könne er sich aber eine derartige Lösung nicht vorstellen.

Zu dem Vorwurf, daß hohe Mietzinsschulden registriert werden, sagte Hatzl, der Rückstand liege unter zwei Prozent. Zum Stichtag wurden nur die verbuchten Eingänge berücksichtigt. Da auch die noch nicht erledigten Verlassenschaften und Mietzinsrückstände bei Räumungsklagen zu berücksichtigen seien, dürfte der echte Mietzinsrückstand bei der Promillegrenze liegen.

Den Vorschlag, Heizkostenbeiträge aus der Wohnbauförderung zu bezahlen, lehnte Hatzl ab. Für die soziale Schächeren gebe es aber immer Hilfe beim Sozialamt. Die öVP-Alternative zu den hohen Wohnbaukosten, das sogenannte Kletterdarlehen sei keine echte Erleichterung, da die Rückzahlungskosten in den letzten Jahren nach diesem System enorm hoch seien. Alle Hilfen für Wohnungssuchende, die in letzter Zeit von der SPö vorgeschlagen worden seien, stoßen auf die Kritik der Volkspartei, sagte Hatzl und zählte auf: Steuer auf leerstehende Wohnungen, Startwohnungsgesetz, Sonderwohnbauprogramm, Altstadterhaltungsgesetz. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

49 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL wies die Vorwürfe von GR. KREINER (ÖVP) bezüglich der Bauzeitüberschreitungen zurück. Solche Überschreitungen seien nur kurzfristig und auf praktische Gegebenheiten zurückzuführen. So könne zum Beispiel bei einem vorgesehenen Baubeginn im November zu Beginn der besseren Jahreszeit sofort mit dem Bau begonnen werden.

Zur Kritik von GR. UHL (ÖVP), daß das Geld für Reparaturen im alten AKH zum Fenster hinausgeworfen sei, meinte Hatzl, daß sich eben Defekte nicht vorher ankündigen. Die Reparaturkosten für das alte AKH bewiesen, wie nötig das neue AKH sei.

StR. Hatzl griff auch das Problem des Geschäftemachens mit geförderten Eigentumswohnungen auf. Hier schließe er sich der Meinung von GR. HOFSTETTER (SPÖ) vollinhaltlich an.

Die ÖVP sei gegen die Erhaltungsbeiträge und das neue Mietrecht. Gerade diese neuen Bestimmungen aber bieten eine menschlich günstigere Lösung für Reparaturen und Erhaltungsarbeiten. Er sei glücklich darüber, den alten Paragraph 7 als die viel teurere Lösung nicht mehr anwenden zu müssen. Er trete für Stadterneuerung und für Großprojekte ein, weil damit die Stadt weiter lebens- und lebenswert bleibe. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37 a)

Utl.: Debatte Wohnen

=++++

50 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Zum Vorwurf von Stadtrat HATZL, die ÖVP sei in verschiedenen Fragen zwei- oder dreigesichtig und habe kein Programm, wies GR. HAHN (ÖVP) darauf hin, daß ÖVP-Anträge seit neun Monaten nicht behandelt würden. Warum hat Hatzl hier nicht zu den Konzepten der ÖVP Stellung genommen? Hahn stellte fest, daß die durchschnittliche Bauzeit weiter gestiegen ist und nun laut Kontrollamtsbericht bei 32 1/2 Monaten liege. Von 6.542 Gemeindewohnungen, die 1981 begonnen wurden, betrug bei 2.652 der Zeitraum zwischen Sachkreditgenehmigung und Baubeginn ein halbes Jahr bis zu zwei Jahren. Für 628 Wohnungen in der Gerasdorfer Straße (Sonderwohnbauprogramm) war bisher keine Baubewilligung vorhanden. Wie ernst sind also die Beschlüsse des Gemeinderates zu nehmen?

Zu den Ausführungen über die "Neue Eigenheime" erklärte Hahn, ER sei es gewesen, der vergangenen Freitag den zuständigen Senatsrat informiert und ersucht habe, die Mittel für alle laufenden Projekte zu sperren, nachdem er erfahren hatte, daß dort mit Schwierigkeiten zu rechnen ist.

StR. HATZL erläuterte, daß der Sachkredit jeweils noch vor der Ausschreibung genehmigt wird. Bei einigen Projekten gebe es Schwierigkeiten - durch Umplanungen versuche man, finanzierbare Baukosten zu erreichen. Betreffend das Projekt Gerasdorfer Straße sagte er, daß im entsprechenden Gesetz eine Baubewilligung vor der Einreichung zum Sonderwohnbauprogramm nicht vorgeschrieben ist. Hinsichtlich der "Neue Eigenheime" fragte Hatzl, warum Hahn nicht ihn, sondern die Abteilung informiert hat. Der Dachverband der "Gemeinnützigen" hat den Bericht am 23. Juni abgeschickt, Hatzl hat ihn erst heute erhalten, aber Delegierte der ÖVP im Verband wußten sicher früher davon. "Ich kann mir vorstellen, daß man sich bemüht hat, sagen zu können, wir waren es, die etwas gemacht haben", sagte Hatzl. Zahlreiche Eigentumswerber in mehreren Bezirken würden in wenigen Wochen ihr Geld verloren haben. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Debatte Stadtplanung

=++++

51 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtplanung als geistige Bewältigung bestimmter Probleme erörterte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER. Die Planung hat die Aufgabe, Zukunftsentwicklungen in den Griff zu bekommen. Sie braucht Kontinuität und Sicherheit. Sie erfordert aber auch Phantasie und Kreativität. Die Schwerpunkte der Geschäftsgruppe Stadtplanung lagen 1981 in

- o der Fertigstellung des Stadtentwicklungsplanes und der Ausstellung "Wien 2000",
- o der Durchführung und Auswertung der Volkszählung,
- o der Intensivierung der Stadtteilplanung,
- o der Fortführung der generellen Verkehrsplanung,
- o der Ausarbeitung des Landschaftsrahmenplanes,
- o der Neuorientierung der Wohnbauplanung und
- o der Ausarbeitung von Ideenwettbewerben.

Der Stadtentwicklungsplan enthält keine Maßnahmen, sondern Leitziele für die Funktion Wiens als Großstadt, Hauptstadt und als dritte UNO-Stadt. Der Stadtentwicklungsplan beinhaltet gesellschaftspolitische Ziele. Die Frage nach seiner Finanzierbarkeit ist nicht relevant. Hätte man 1948 die Kosten des Wiederaufbaues berechnet, wäre der Aufbau der Stadt allen als nicht finanzierbar erschienen.

Die Großzählung 1981 stellte große Anforderungen an die Zählorgane, aber auch an die Bevölkerung. Sie ist die bisher umfassendste Volkszählung seit 1869.

Eine neue Form der Planung, die heute bereits Selbstverständlichkeit geworden ist, ist die Stadtteilplanung. Sie wird mit der Bevölkerung gemeinsam betrieben und ist daher besonders effizient. Stadtrat Wurzer nannte eine Reihe von Straßenplanungen, von Bezirkskonzepten sowie Oberflächenplanungen, die 1981 fertiggestellt oder begonnen wurden. Das Radwegegrundnetz steht kurz vor seiner Realisierung. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Debatte Stadtplanung

=++++

52 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Der Landschaftsrahmenplan ist ein Teilplan des Stadtentwicklungsplanes und gilt für den Bereich des nichtbebauten Stadtgebiets, sagte Stadtrat Wurzer. Auf Grund dieses Planes kann eine ausbalancierte Grünflächenpolitik betrieben werden. Die Konflikte zwischen ökologie und ökonomie werden analysiert. Die neue Wohnbauplanung orientiert sich stärker an den Wünschen der Mieter. In den letzten sechs Jahren gab es eine wesentliche Reduzierung von Kleinwohnungen zugunsten von großen, qualitativ gut ausgestatteten Wohnungen. Auch die Opposition müsse zur Kenntnis nehmen, daß es in Wien keine Slums gibt. Bei den Ideenwettbewerben hat es bereits gute Ergebnisse gegeben. Wie zum Beispiel beim Wettbewerb Gräf-und-Stift-Gründe und beim Wettbewerb Breitenfurter Straße.

Die Stadtentwicklungsplanung erfordert ein Denken in Entwicklungsprozessen. Gab es früher Entscheidungen dafür oder dagegen, muß der Politiker heute in Alternativen denken. Die Voraussetzung dafür ist ein fundierter Stadtentwicklungsplan.

(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Debatte Stadtplanung

=++++

53 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte die geänderte, zu Ökologie hinneigende Denkweise in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Während in den letzten Jahrzehnten keine Rücksicht auf die Umwelt genommen wurde, stellt das geänderte Umweltbewußtsein jetzt auch neue Anforderungen an die Stadtplanung. Das bedeutet nicht reines Konservieren, sondern eine Planung nach anderen Kriterien. Dabei bezeichnete Pawkowicz die Zeitspanne zwischen Planung und Realisierung als wesentliche Ursache dafür, daß heute bereits veraltete, umweltfeindliche Projekte noch immer in das Stadium der Ausführung gelangen. Pawkowicz brachte deshalb den ANTRAG ein, alle bereits projektierten und beschlossenen Vorhaben vor Baubeginn nochmals zu überprüfen und abzuändern, wenn es der Umweltschutz erfordert.

Zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung Wiens sagte Pawkowicz, daß die Abwanderung erst dann gestoppt werden kann, wenn wieder der Eindruck entsteht, daß es attraktiver ist, IN Wien zu leben, als in der Umgebung der Stadt. Diese Entwicklung erfordert auch die Schließung des Wald- und Wiesengürtels. In einem ZWEITEN BESCHLUSSANTRAG forderte Pawkowicz den Abschluß der dafür notwendigen Flächenwidmungspläne innerhalb von zwei Jahren.

Als positiv wertete Pawkowicz den politischen Konsens in wesentlichen Planungsfragen, wie er sich im Wettbewerb Donaustadt 2000 niederschlägt. Es ist zu hoffen, schloß Pawkowicz, daß die Ergebnisse dieses Wettbewerbs einmal verwirklicht werden und daß derartige, von allen politischen Kräften getragenen Planungen auch für andere Bereiche der Stadt möglich sind. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Debatte Stadtplanung

=++++

54 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Unsere große Sorge ist das Grün im dichtverbauten Gebiet, sagte GR. GLÜCK (ÖVP). Er erinnerte an einen Antrag der ÖVP auf Schaffung eines "Beseirpark-Fonds", der von der SPÖ abgelehnt wurde. Erst 1981 erfolgte die Freigabe von städtischen Rasenflächen, nachdem die ÖVP schon 1964 einen diesbezüglichen Antrag gestellt hatte. Der Rechnungsabschluß 1981 zeigt, daß für die Errichtung und Ausgestaltung von Grünflächen, Parks, etc. im dichtverbauten Gebiet zu wenig getan wurde. Zur Rettung der Bäume ist ein Verbot der Salzstreuung notwendig. Glück wandte sich gegen den Kronenschnitt der Bäume. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Debatte Stadtplanung

=++++

55 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEISLER (SPÖ) bezeichnete den U-Bahn-Bau, der 1969 begonnen wurde, als eine der größten städtebaulichen Leistungen in Wien. Erst die Errichtung der U-Bahn hat die Chance geboten, verkehrsarme Zonen und Fußgängerzonen wie die Kärntner Straße und die Favoritenstraße, zu schaffen. Die Fußgängerzone im Zentrum hat sich bewährt, die Wiener haben von ihr Besitz ergriffen. Die Aussperrung der Autos hat nicht geschadet, sondern das Geschäft belebt.

Auch die Planung für die Gestaltung des Karlsplatzes hat sich bewährt. Es entstand eine Lösung, die heute vom Großteil akzeptiert wird.

Eine völlige Neugestaltung des öffentlichen und privaten Verkehrs ergab sich im Bereich Praterstraße - Praterstern - Lassallestraße - Reichsbrücke. Entlang dieser Achse bietet sich durch die Verbauung der Nordbahnhofgründe eine städtebauliche Chance für Wien an. In diesem Zusammenhang müsse auch der Ideenwettbewerb Donaustadt 2000 als echter Erfolg gewertet werden.

Die Bedeutung der U-Bahn für den innerstädtischen Verkehr läßt sich daran ermesen, wie sehr dieses Verkehrsmittel von der Bevölkerung angenommen wird. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Debatte Stadtplanung

=++++

56 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR ALRAM (ÖVP) lobte die gute Zusammenarbeit im Planungsausschuß und bei der Klausurtagung über den Stadtentwicklungsplan. Das sei nicht überall so - es werde vielmehr immer so dargestellt, als gebe es Wiener und Anti-Wiener. Im Zusammenhang mit der Rechnungsabschlußdebatte wurde die ÖVP immer als Anti-Wiener klassifiziert. Wäre es dann aber möglich, im Planungsausschuß Konsens zu finden? Alram warf Edlinger vor, er habe sich mit den Ideen der ÖVP nicht auseinandergesetzt, sondern nur mit dem Konferenzzentrum. Im Zusammenhang mit Ausführungen Edlingers über eine ÖVP-Zeitung erinnerte Alram an die "Fackel" von Karl Kraus, der sich sehr kritisch mit Österreich und Wien auseinandergesetzt hat, dennoch aber ein großer Österreicher und Wiener geworden ist. Kraus hat das damalige System abgelehnt, Mauthe lehnt das System einer gewissen Art von Diktatur ab, über bestimmte Dinge nicht zu sprechen. Hinsichtlich der Skepsis von GR. Hahn über die Finanzierbarkeit des Stadtentwicklungsplans sagte Alram, im Stadtentwicklungsplan stehe, daß in den 90er Jahren die gesamten Fremdmittel für den Schuldendienst verwendet werden müssen und kein Spielraum für Investitionen bleibe.

In der Klausurtagung wurde festgestellt, daß im Wohnungswesen ein großes Ost-West-Gefälle bestehe. Man müsse Anstrengungen unternehmen, um dieses Gefälle abzubauen.

Im großen und ganzen gebe es beim Stadtentwicklungsplan nicht sehr viele Streitpunkte. Die ÖVP habe u. a. darauf aufmerksam gemacht, daß beim Flächenwidmungsplan auf die Struktur Rücksicht zu nehmen sein wird, um eine Entmischung von Wohnen und Arbeiten zu verhindern. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Debatte Stadtplanung

=++++

57 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Über den Aufgabenbereich der Baupolizei berichtete GR. HOLUB (SPÖ). Bei der Baupolizei versehen 200 Bedienstete in den Außenstellen ihren Dienst. Durch ihr unbürokratisches Wirken wurde die Baupolizei zu einer Serviceabteilung für die Bevölkerung. Eine Reihe von Großbauten wird nach strengen Sicherheitsüberprüfungen errichtet. Die Baupolizei muß auf eine Vielfalt von Gefahren achten, beispielsweise auf die Feuerbeständigkeit von neuen Baumaterialien oder Textilien. In letzter Zeit hat eine Umorganisation innerhalb der Baupolizei stattgefunden. Die baubehördlichen Agenden wurden von den gewerbebehördlichen und feuerpolizeilichen Aufgaben getrennt. Eine weitere Vereinfachung würde die Zusammenlegung von Außenstellen in Gruppen mit mehreren Bezirken bringen. 1981 gab es Sicherheitsprüfungen in Hochhäusern, Hotels und Beherbergungsstätten, in Warenhäusern und Supermärkten. Auch Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie wilde Siedlungen wurden kontrolliert.
(Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (45)

Utl.: Debatte Stadtplanung

=++++

58 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER stellte zum Wunsch von GR. Glück nach mehr innerstädtischem Grün fest, daß im Herbst eine Unterlage über Grünflächensicherung im dichtverbauten Raum vorliegen werde. Zu den Ausführungen von GR. Alram sagte Wurzer, er sei sich mit ihm einig in der Liebe zu Wien, doch solle man diese Liebe auch zeigen.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde um 22.35 Uhr unterbrochen. Sie wird am Dienstag, dem 29. Juni mit der Debatte über die Geschäftsgruppen "Umwelt und Freizeit", "Bildung, Jugend und Familie", "Kultur und Bürgerdienst" und "Personal- und Rechtsangelegenheiten" fortgesetzt. (Schluß) gab/gg

NNNN

Lehrerverhaltenstraining gegen Schulangst (1)

=++++

19 Wien, 28.6. (RK-LOKAL) Daß Lehrer, die ihr Verhalten bewußt trainieren, die Angst der Schüler vor der Schule vermindern können, beweist eine Untersuchung, die in den vergangenen Monaten vom Stadtschulrat für Wien und vom Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Wien (Abteilung für Empirische Pädagogik) durchgeführt wurde.

Die Untersuchung wurde an insgesamt 2.250 Schülern durchgeführt, wobei 23 AHS-Klassen und 23 Hauptschulklassen der 6. Schulstufe als "Versuchskaninchen" fungierten. Kontrollgruppen waren 12 AHS-Klassen und 12 Hauptschulklassen derselben Schulstufe. Das Projekt bezog sich auf das Unterrichtsfach Mathematik.

Es konnte eindeutig festgestellt werden, daß in den Klassen, deren Lehrer an einem gemeinsamen Verhaltenstraining teilnahmen, die Schulangst in der Form der "Schulunlust" geringer wurde. In der anderen Testgruppe, die statt Lehrerverhaltensänderung eine Änderung von Unterrichtsmaßnahmen versuchte (kürzere und anders aufgebaute Schularbeiten, andere Benotung, u. ä.), wurde zwar auch die Schulangst verringert, aber in geringerem Maße. Auch der Eifer der Schüler und die Schulleistungen nahmen bei den Testklassen zu. Nicht verringert hat sich allerdings die sogenannte "Prüfungsangst", wie die Untersuchung beweist. (Forts.) emw/gg

NNNN

Lehrerverhaltenstraining gegen Schulangst (2)

=++++

20 Wien, 28.6. (RK-LOKAL) Bei der Pressekonferenz, in der die Untersuchung über Schulangst vorgestellt wurde, betonte Stadtschulratpräsident Hans MATZENAUER, daß Schulangst zwar keineswegs etwas Neues sei, nur spreche man heute mehr darüber. Wie eine Umfrage ergab, haben 60 Prozent der Schüler auch dann Prüfungsangst, wenn sie genug gelernt haben. Der Direktor des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien, Hofrat Landesschulinspektor Dr. Karl SRETENOVIC betonte, daß Schulangst eine sehr komplexe Problematik sei, da ja nicht nur Schüler, sondern auch Eltern und Lehrer Ängste in Bezug auf die Schule haben. Daher sei es wichtig, in der Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung der Psychohygiene und der Persönlichkeitsentwicklung der Lehrer mehr Augenmerk zu schenken. Sretenovic kündigte entsprechende Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien an.

Bezüglich der Ausbildung der AHS-Lehrer wies Univ.-Prof. Dr. Richard OLECHOWSKI, der gemeinsam mit Sretenovic das Forschungsprojekt über Schulangst geleitet hatte, darauf hin, daß es im Rahmen der Universität sehr schwer sei, die Ausbildung der AHS-Lehrer praxisbezogener zu gestalten. (Schluß) emw/ap

NNNN